

Wie in der Vergangenheit war auch diesmal von massiven Stimmenkäufen die Rede. Doch interessanterweise wurden zahlreiche von der KMT nominierte finanzkräftige Kandidaten nicht oder ohne glänzendes Ergebnis gewählt. Im osttaiwanesischen Kreis Hualian wurde darüber hinaus Wahlmanipulation festgestellt. Nach den Ermittlungen des Staatsanwalts wurden dort 738 Stimmen zuviel gezählt. Eines der beiden hier gewählten KMT-Mandate hat mit einer Mehrheit von nur 63 Stimmen den DPP-Kandidaten Huan Xinjie (Huang Hsin-chieh), ehemaliger Parteivorsitzender, geschlagen. Eine Korrektur durch Richter oder eine neue Teilwahl ist wahrscheinlich. Aber dies würde das Gesamtwahlergebnis nur wenig verändern. Die KMT behält trotz großer Stimmen- und Sitzverluste im Gesetzgebungs Yuan ihre absolute Mehrheit, und die "Hauptströmung" bleibt trotz der verstärkten Position der "Nicht-hauptströmung" weiter die führende Kraft der Regierungspartei. -ni

*(32)

Uneinigkeit in Bonn über Waffenexport nach Taiwan

Einer SZ-Meldung (19./20.12.92) zufolge hat der Bundessicherheitsrat in Bonn, ein geheim tagender Ausschuss des Bundeskabinetts, die Entscheidung über die Genehmigung eines Rüstungsgeschäfts mit Taiwan über 12,5 Mrd. DM am 18. Dezember auf den 28. Januar 1993 vertagt. Es handelt sich dabei um die Lieferung von zehn U-Booten und zehn Fregatten. Taiwan gilt nach den deutschen Exportregeln als Spannungsgebiet und steht auf der "H-Liste" von Staaten, für die Rüstungsexporte besonders restriktiv gehandhabt werden. Der Bundessicherheitsrat, so heißt es, hatte im Februar 1992 bereits das Waffengeschäft abgelehnt. Offenbar nachdem die USA und Frankreich kürzlich die Lieferung von 150 F-16- und 60 Mirage-2000-5-Kampfflugzeugen an Taiwan im Wert von 6 Mrd. US\$ bzw. 2,6 Mrd. US\$ beschlossen hatten, kam das deutsche Geschäft wieder in Bewegung. Ende November ging im Bundeskanzleramt eine erneute Anfrage eines deutschen Werftenkonsortiums mit der Bitte um eine Entscheidung bis zum 15. Dezember ein. Die Unternehmen sind die Howaldtswerke Deutsche Werft AG, Blohm und Voss, die Thyssen Nordseewerke sowie ein großes deutsches Stahlunternehmen. Bundeskanzler

Kohl hatte damals versprochen, einen Beschluß nach seiner Moskaureise zu fassen.

Im Februar 1992 war die Genehmigung vor allem am Widerstand des damaligen Außenministers Hans-Dietrich Genscher (FDP) gescheitert. Kohl hatte daraufhin erklärt, er betrachte die Ablehnung nicht als endgültig. Die neue Verschiebung des Beschlusses im Bundessicherheitsrat kam aufgrund der harten Ablehnung von Genschers Nachfolger Außenminister Klaus Kinkel (FDP) zustande. Im Gegensatz zu Kinkel plädierte der zu der Zeit noch amtierende Bundeswirtschaftsminister Jürgen Müllemann (FDP) in der Diskussion nachhaltig für das Geschäft. Müllemann hatte im November 1992 bei seiner Asienreise auch auf Taiwan Station gemacht. Dabei sei ihm verdeutlicht worden, so heißt es, daß die Regierung in Taipei die Genehmigung für die Lieferung von Kriegsschiffen als Schlüssel für weitere Milliardenaufträge über zivile Bauprojekte im Rahmen des taiwanesischen Sechsjahresplanes mit einem Gesamtinvestitionsvolumen von 8.200 Mrd. NT\$ (umgerechnet rd. 328 Mrd. US\$) für die deutsche Wirtschaft betrachte. Deutsche, Franzosen und Japaner wetteifern besonders um die Auftragsvergabe für eine Hochgeschwindigkeitsbahn zwischen Taipei und Kaohsiung (Gao-xiong) mit einem Kostenvoranschlag von 430 Mrd. NT\$ (17,2 Mrd. US\$).

Nicht nur innerhalb der Bundesregierung, sondern auch bei der Opposition ist die Meinung zu dieser Frage gespalten. Der SPD-Außenpolitiker Norbert Gansel befürchtet neben politischen und moralischen Bedenken wirtschaftliche Gegenmaßnahmen von Beijing im übrigen Handel mit Deutschland. Demgegenüber haben sich die norddeutschen SPD-Ministerpräsidenten Gerhard Schröder (Niedersachsen), Björn Engholm (Schleswig-Holstein), Henning Voscherau (Hamburg) und Klaus Wedemeier (Bremen) für das Waffengeschäft ausgesprochen. Sie erhoffen sich von den Aufträgen für die in ihren Ländern beheimateten Werften sichere Arbeitsplätze. (SZ, 17.12.92)

Als Reaktion auf die französische Lieferung von modernen Mirage-Kampfflugzeugen an Taiwan hat Beijing die Schließung des französischen Generalkonsulats in Guangzhou (Kanton) angeordnet sowie französische Unternehmen von der Beteiligung am U-Bahn-Projekt in der Stadt (1 Mrd. US\$)

ausgeschlossen. (LHB, 24.-25.12.92; FT, 20.12.92) Man betrachtet dies auch als eine indirekte Warnung an die Deutschen. (SWB, 29.12.92) -ni

*(33)

Wirtschaftszielplan für 1993

Das CEPD (Council for Economic Planning and Development) des Exekutiv Yuan hat am 9. Dezember auf einer Sitzung den Wirtschaftszielplan für 1993 verabschiedet. Danach wird ein Jahreswachstum von 7% erwartet. Somit soll das Pro-Kopf-BSP 11.000 US\$ erreichen. Die Verbraucherpreise sollen nicht über 3,5% steigen. Das Wachstum stützt sich, so heißt es, allein auf den Inlandsbedarf. Wachstumsziele der einzelnen Wirtschaftssektoren werden bei den Dienstleistungen auf 8,3% und bei der Industrie auf 6,5% festgesetzt. Bei der Landwirtschaft wird kein Wachstum erwartet.

Zum Außenhandel 1993 sagte das CEPD einen weiteren Rückgang des Exportüberschusses auf 9,68 Mrd. US\$ voraus. Damit wird der Anteil des Handelsüberschusses am BSP von 2,7% (1992) auf 2,1% fallen. Der Überschuß von 1992 wurde auf 10,43 Mrd. US\$ geschätzt, 27,7% niedriger als im Vorjahr. Er hat zur Wirtschaftszuwachsrate (1992) einen Minusbeitrag von 1,9% geleistet, und 1993 wird ebenfalls ein Minusbeitrag in Höhe von 0,4% erwartet.

Die Wirtschaftszuwachsrate von 1992 liegt nach Schätzung des CEPD bei 6,1%. Hauptsächlich aufgrund der Verzögerung öffentlicher Bauprojekte kann das Planziel von 7% nicht erreicht werden. Aufgrund der galoppierenden Preise für Agrarprodukte infolge des schlechten Wetters liegt die zu erwartende Inflation von 1992 mit 4,5% höher als die ursprüngliche Schätzung von 3,5%. (LHB, 10.12.92) -ni

Hongkong

*(34)

Noch keine Versöhnung zwischen Beijing und Hongkong in Aussicht

Im Laufe des Berichtsmonats Dezember ließ sich immer noch keine Lösung des Streits zwischen der chinesischen

Führung und der Hongkonger Regierung erkennen. Wie berichtet (C.a., Okt. 1992, Ü 42, S.706 f., und Nov. 1992, Ü 45, S.797), gerieten beide Seiten Ende Oktober in einen heftigen Streit über den Plan des Gouverneurs Chris Patten zur Beschleunigung der Demokratisierung in der britischen Kolonie vor deren Übergabe an China 1997. China verlangte von Patten, seinen Reformplan zurückzuziehen. Dies lehnte der Gouverneur wiederum strikt ab und forderte Beijing auf, einen Gegenvorschlag zur Diskussion vorzulegen. (SCMP u. IHT, 2.12.92) Auch auf der 25. Sitzung der sino-britischen Liaisongruppe (JLG) vom 8.-10. Dezember konnten beide Seiten keinen Kompromiß finden. Es war auch zum ersten Mal seit ihrer ersten Sitzung im Juli 1985, daß die JLG nach einem Zusammentreffen kein Kommuniqué zu den Gesprächen und auch keinen neuen Termin für die nächste Sitzung bekanntgab. (DGB, 12.12.92)

Auf dem Höhepunkt des Streits, als Beijing Ende November und Anfang Dezember mit der Abkehr vom sino-britischen Hongkong-Abkommen von 1984 und mit der Nichtanerkennung der von der britischen Kolonialregierung abgeschlossenen Geschäftsverträge für die Zeit nach 1997 drohte, gab es Panikverkäufe auf dem Hongkonger Aktienmarkt. Der Hang-Seng-Index rutschte am 3. Dezember um 433,44 Punkte oder 8% auf 4.978,21 Punkte. Innerhalb von drei Wochen hatte es bis dahin einen Gesamtverlust von 1.469 Punkten oder 22% gegeben, d.h. den stärksten Kurseinbruch seit dem großen Crash von 1987. (DGB, 5. u. 6.12.92; SCMP, 4.12.92; NZZ, 5.12.92; HB, 4./5. u. 9.12.92)

Am 17. Dezember hatte die offizielle chinesische Nachrichtenagentur Xinhua in einem Artikel auch das britische Unternehmen Jardine Matheson, ohne es namentlich zu nennen, scharf angegriffen. Ihm wurde vorgeworfen, sich mit Gouverneur Chris Patten gegen China verschworen zu haben. Xinhua erinnerte daran, daß die Anfänge von Jardines China-Geschäft im Opiumhandel gelegen hatten. Das Unternehmen hatte schon 1984 sein Hauptquartier von Hongkong auf die Bermudas verlagert und 1991 die Zulassung seiner Aktien auch auf dem Markt in London beantragt. Nach der Attacke durch Xinhua fiel der Kurs der Jardine-Aktie in Hongkong binnen zwei Tagen um 7%. (HB, 22.12.92)

Am Anfang der Auseinandersetzungen hatte der Gouverneur eine breite Unterstützung in der Bevölkerung. Dann angesichts der Zuspitzung und Verschleppung der unversöhnlichen Stimmung beider Seiten - entstand immer mehr Kritik an Pattens Politik. Insbesondere die einheimischen Großunternehmer machen sich über die weitere Entwicklung Sorgen. Auch der Seniorpolitiker von Singapur, der ehemalige Ministerpräsident Lee Kuan Yew, warnte in einem Vortrag in Hongkong vor der Gefahr einer voreiligen Demokratisierung. Er meinte, politische Stabilität sei wichtiger als Demokratie. (SCMP, 15.12.92; DGB, 16.12.92) Mehrere jüngste Demoskopien zeigen, daß die Unterstützung für Pattens politische Reform immer mehr schmilzt. So ist z.B. einer Meinungsuntersuchung des "Social Sciences Research Centre" vom 8.-10. Dezember zufolge die Mehrheit hinter der Politik des Gouverneurs von 41,7% (Anfang November) auf 35,4% gesunken, obwohl der Gouverneur bei 54,4% der 954 Befragten weiterhin Popularität genießt. Interessant ist, daß eine überwiegende Mehrheit von 58,8% der Bevölkerung, so die repräsentative Umfrage, Zuversicht in Hongkongs Zukunft hat. (SCMP, 14.12.92) Man glaubt also immer noch an einen sino-britischen Kompromiß. Inzwischen sind auch die Aktienkurse wieder gestiegen, und zwar auf 5.512,39 Punkte gemäß Hang-Seng-Index (Ende Dezember). (HB, 4.1.93) -ni-

*(35)

VR China engagiert in Hongkongs Immobilien

Nach der Beilegung des Handelskonflikts mit den USA sind chinesische Unternehmen auf eine neue Runde von Grundstückskäufen in Hongkong eingestellt. Diese würden die mittlerweile dominierende Stellung des Festlands als dem mit großem Abstand wichtigsten Immobilienbesitzer aus dem Ausland weiter festigen.

Näheren Angaben des Hongkonger Maklerverbands zufolge beläuft sich der Wert der von der Wirtschaft der VR China erworbenen Immobilien auf die bemerkenswerte Höhe von schätzungsweise 25,5 Mrd. HK\$ (1 HK\$ = 0,204 DM). Eine Summe von 10,5 Mrd. HK\$ ist dabei im Rahmen von etwa 400 Kaufvereinbarungen allein im Verlauf des Jahres 1992 hinzugekommen. Bei ihrem Engagement kommt es

den Chinesen ganz offensichtlich auf eine möglichst breitangelegte Streuung an. Darauf verweist das Spektrum ihrer Käufe, das sich von Bauerwartungsland über Gewerbe- und Bürokomplexe bis hin zu Wohneigentum erstreckt.

Nach Einschätzung des Verbands muß für die nächsten Jahre von anhaltend massiven Investitionen Chinas in Hongkongs Grundstückssektor ausgegangen werden. Mit Sicht darauf sei für den Zeitpunkt der Übergabe der Stadt 1997 ein Marktanteil in der Größenordnung von 20% nicht auszuschließen. (NfA, 1.12.92) -ni-

*(36)

Ausländische Investitionen in Hongkong haben zugenommen

Die Investitionen von Ausländern in Hongkong sind nach jüngsten offiziellen Angaben des Industrieamtes der britischen Kolonie 1991 um 11% auf 34,4 Mrd. HK\$ (umgerechnet 4,41 Mrd. US\$) gestiegen, nach 4% auf 30,9 Mrd. HK\$ im Vorjahr. Seit Einführung dieser Art Statistiken im Jahre 1984 hat sich die Summe verdreifacht. Mit 32% haben die Japaner 1991 unter allen ausländischen Investoren das höchste Wachstum zu verzeichnen, gefolgt von den US-Amerikanern mit 28%, den VR-Chinesen mit 11% und den Australiern mit 6%.

Ferner sind einer Ermittlung des Industrieamtes bei 536 Firmen zufolge 60% der ausländischen Investitionen in die Industriebranche (Elektronikprodukte, Textilien, Bekleidung und Tabakwaren) gegangen. 37% der Unternehmen der verarbeitenden Industrie Hongkongs sind Joint-Venture mit ausländischen Investitionen. Die VR China ist der größte ausländische Investor in Hongkong - ihr geschätzter Anteil an den gesamten ausländischen Investitionen liegt bei 13 Mrd. HK\$ oder 40%.

Für 1992 erwartet der Generaldirektor des Industrieamtes, T.H. Barma, einen weiteren Zuwachs der ausländischen Investitionen von mindestens 7-8%. Seiner Meinung nach hat der gegenwärtige Streit zwischen Beijing und Hongkong aufgrund der vom neuen Gouverneur Chris Patten geplanten politischen Reform in Hongkong vor Übergabe der Kolonie an China 1997 wenig Einfluß auf den Trend der Investitionstätigkeit aus dem Ausland. (AWSJ, 8.12.92; XNA, 8.12.92) -ni-